

Steuersegen beflügelt Allschwils Schulhauspläne

Der Einwohnerrat bewilligte einen Planungskredit für den Schulhausbau, im Wissen, dass Steuermillionen in die Kasse gespült wurden.

Fabian Schwarzenbach

Im Einwohnerrat Allschwil waren die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bereit, über die Schulräume im Sundgauer Dorf zu entscheiden. Neben der Frage, ob es drei oder vier Schulhäuser sein sollen, bewegte, wie denn die gesamte Schulraumplanung finanziert werden soll. Schafft das die Gemeinde Allschwil, ohne in finanzielle Schieflage zu geraten?

Gleich zu Beginn der Debatte überraschte Gemeindepräsident Franz Vogt (Mitte) mit einer Mitteilung, die bei Befürwortern Fantasien beflügelte und bei Gegnern Stirnrunzeln verursachte: Allschwil wird gemäss der ersten provisorischen Rechnung mit einem Plus in zweistelliger Millionenhöhe abschliessen.

Genauer wurde Vogt erst in einem späteren Votum und auf Anfrage dieser Zeitung: Zahlen mochte er keine nennen, da die Rechnung noch nicht geprüft worden sei. Dennoch gab er einen Richtwert ab: Das Plus betrage rund einen Viertel des Projektes. Wer nun den Rechenschieber bemüht, kommt auf eine konservativ geschätzte Spanne von 23 bis 27 Millionen Franken.

Der Einwohnerrat stimmte nach dreistündiger Debatte dem Planungskredit von 650'000 Franken für die Schulraumplanung einstimmig zu. Die Einstimmigkeit mag überraschen, aber die Diskussion über drei oder vier Standorte ist mittlerweile erlahmt. Wichtiger ist die Frage, wie Allschwil sich die Schule leisten kann. Mark Aellen (SP) sah finanzpolitisch kei-

ne Unterschiede zwischen vier und drei Standorten. «Die Frage, wie wir das finanzieren können, bleibt stehen», warnte der Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission und forderte: «Sparmassnahmen sollen zu jedem Projekt vorgelegt werden.» Das auch, weil in zehn Jahren die Schulräume bereits wieder an Grenzen stossen werden. «Daher sollten weitere Schritte gleich hinterher geplant werden», forderte Aellen.

Die Schulhäuser müssen zahlbar sein

Simon Trinkler (Grüne/EVP/GLP) ist mit Aellen einig: «Ganz wichtig ist, nicht zu wenig Schulraum zu planen, wie auch das Gartenhof-Schulhaus zu entlasten.» «Wir haben die Chance, in die Bildung der Schüler zu investieren», sagte Matthieu Dobler

(SP). Diese Sondervorlage sei nicht nur eine Investition in Gebäude. «Trotzdem ist die finanzielle Tragbarkeit auch für die SP wichtig», betonte Dobler. Eine Verzögerung oder gar eine Ablehnung der Vorlage wäre kurzfristig.

Corinne Probst (Mitte) war über die Vorlage «nicht wahn-sinnig glücklich». Gerade die finanzielle Tragbarkeit und die allenfalls zu ergreifenden Gegenmassnahmen sorgten bei der Mitte für Gesprächsstoff. «Wir müssen aber die Schulraumplanung vorantreiben.» Und wenn das Volk 2027 an der geplanten Abstimmung nicht Ja sagt, dann wäre das nicht gut. «Wir sind dem Volk gegenüber verpflichtet, Anträge zu formulieren, die es unterstützen kann», redete sie dem Rat ins Gewissen. Urs Poživil (FDP) und Henry Vogt

(SVP) hatten bei ihren Voten ebenfalls die Finanzen im Visier. Beide kamen auch auf die neu angedachte Holzbauweise zu sprechen. Es werde aber nicht gesagt, wie viel dadurch gespart werde, monierten beide.

Keine Steuererhöhung gewünscht

Florian Spiegel (SVP) legte zusammen mit der FDP, der Mitte und der GLP, EVP, Grüne-Fraktion einen Antrag vor. Sie möchten den Entscheid für drei oder vier Standorte finanziert sehen, ohne die Option einer Steuererhöhung. Lucca Schulz (SP) konterte, dass auch die SP die Steuern nicht erhöhen wolle. Trotzdem lehnten einzig die Sozialdemokraten den Antrag ab.

Gemeindepräsident Franz Vogt räumte ein, dass «die Bäume nicht in den Himmel wach-

sen». Jetzt sei die erste Sondervorlage vorgelegt worden, dann folge eine weitere und zum Schluss komme eine Bauvorlage, die dann auch dem Volk vorgelegt werden soll. Vogt mahnte, dass der Gemeinderat erst konkrete Vorschläge ausarbeiten müsse. «Das gehe aber nicht ohne Planungsgelder.»

Matthias Häuptli, der als Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt die Finanzierung ausblenden konnte, möchte zeitnah den Schulhausbau. Er mahnte: «Es ist keine Riesenvorlage, in der alles entschieden werden soll.» Aber: «Wir sind an einem Punkt, an dem wir einmal sagen müssen, was wir wollen.» Das tat der Einwohnerrat: Der Gemeinderat kann vier Schulhäuser planen und muss sie ohne Steuererhöhung finanzieren.